



Ausgabe: Mai 2018

Demokratie-Newsletter

Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Neue Zürcher Zeitung vom 28. April 2018, Seite 15 (Nachtrag)
«Ich meine, das Risiko sei vertretbar» – Bundeskanzler Walter Thurnherr äussert sich zur Kritik am E-Voting und zu Chancen und Gefahren der digitalen Demokratie.
- Tages-Anzeiger vom 2. Mai 2018, Seite 5
Bundesräte halten sich nicht gerne an die offizielle Amtszeit – Sieben von zehn Bundesräten treten während der Legislatur zurück, obwohl sie für vier Jahre gewählt sind.
- Tages-Anzeiger vom 3. Mai 2018, Seite 13
Heldin der Landsgemeinde – Die 21-jährige Appenzellerin legt sich mit der Regierung an.
- Tages-Anzeiger vom 7. Mai 2018, Seite 5
Neue Machtverhältnisse in Genfer Kantonsregierung – CVP-Staatsrat Luc Barthassat verpasst die Wiederwahl. Die SP erbt seinen Sitz.
- Tages-Anzeiger vom 7. Mai 2018, Seite 11
Wenn es egal ist, wen das Volk wählt – Wenn das offene und freiheitliche System keine Lösung liefert, sinkt die Zustimmung drastisch. Hat die postdemokratische Epoche Europas begonnen?
- Tages-Anzeiger vom 8. Mai 2018, Seite 11
Drei Frauen sollen es sein – Die Präsidentinnen der CVP- und der FDP-Frauen koordinieren ihr Vorgehen bei den nächsten Bundesratswahlen, um gleich zwei neue Frauen in die Landesregierung zu hieven.
- Neue Zürcher Zeitung vom 11. Mai 2018, Seite 13
Abstimmen übers Internet spaltet die Fachwelt – Während manche Computerexperten E-Voting verbieten wollen, arbeiten andere an den Systemen der Zukunft.
- NZZ am Sonntag vom 13. Mai 2018, Seiten 20–22
Wie man eine Demokratie zerstört – Ob in Ungarn, der Türkei oder in den USA: Rund um die Welt werden Demokratien von Autokraten schrittweise ausgehöhlt. Die Muster sind ähnlich, die Folgen gravierend, sagt Harvard-Professor Daniel Ziblatt.



- Tages-Anzeiger vom 14. Mai 2018, Seite 11
Die Schweiz als Labor – Die direkte Demokratie in der Schweiz macht regelmässig internationale Schlagzeilen. Das schmeichelt uns, ist aber auch anstrengend.
- Neue Zürcher Zeitung vom 17. Mai 2018, Seite 10
Angriff auf richterliche Unabhängigkeit – Wahlrecht in den Kantonen. Gastkommentar von Andreas Auer.
- Neue Zürcher Zeitung vom 19. Mai 2018, Seite 10
E-Voting – Die digitale Stimmabgabe wird sicher. Gastkommentar von Renato Gunc.
- Tages-Anzeiger vom 23. Mai 2018, Seite 3
Hört! Mir! Zu! – Noch nie war es so einfach, politische Inhalte dem Wähler direkt zu vermitteln. In der Schweiz nutzen vor allem rechte Politiker die Möglichkeiten des Internets. Ihr geheimes Vorbild: Barack Obama.
- Tages-Anzeiger vom 24. Mai 2018, Seite 13
Demokratie ist nicht Googles Aufgabe – Internetkonzerne unterbinden ausländische Onlinewerbung bei einer Volksabstimmung in Irland. Das ist anmassend und falsch.
- Schaffhauser Nachrichten vom 24. Mai 2018, o.S.
Hat die Regierung Atom-Abstimmung verpasst? – Der Schaffhauser Regierungsrat hat im Namen des Kantons zu einem wichtigen Schritt bei der Endlagersuche Stellung genommen. Das aber, sagt Claudio Kuster, hätte er gar nicht dürfen. Er hätte das Volks befragen müssen. So wie Nidwalden und Jura.
- Neue Zürcher Zeitung vom 24. Mai 2018, Seite 43
Demokratien sterben so langsam, dass es vielen nicht einmal auffällt – Ist die amerikanische Demokratie in Gefahr? Und ist Trump schuld daran? Zwei Politikwissenschaftler reden Klartext.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Mai 2018, Seite 32
Demokratien leben von den Unbotmässigen – Wer Institutionen infrage stellt, gefährdet weder den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch die Gemeinschaft. Im Gegenteil, er stärkt sie.

Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Neue Zürcher Zeitung vom 5. Mai 2018, Seite 16
Rückenwind für die Konzerninitiative – Die Rechtskommission des Nationalrats beschliesst weit gehenden Gegenvorschlag.
- Tages-Anzeiger vom 8. Mai 2018, Seite 6
Richterwahl per Losentscheid – Ein Bürgerkomitee will das Wahlprozedere am Bundesgericht auf den Kopf stellen: Die Richter sollen künftig im Losverfahren bestimmt werden.



- Tages-Anzeiger vom 9. Mai 2018, Seite 4
Für die Spieler – oder die Casinos? – Mit dem Geldspielgesetz würde sich die Schweiz erstmals Internetsperren verordnen. Diese sind umstritten. Die wichtigsten Fragen und Antworten zu diesen Netzsperrern.
- Tages-Anzeiger vom 11. Mai 2018, Seite 5
Fair-Preis-Initiative geht dem Bundesrat zu weit
- Tages-Anzeiger vom 12. Mai 2018, Seite 3
Herr Vogt macht ein Gesetz – Wenn Sachverstand mit Parteipolitik kollidiert: SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt steht hinter dem Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Dafür muss er jetzt büssen.
- NZZ am Sonntag vom 13. Mai 2018, Seite 18
Wir sollten die Richterposten verlosen
- Tages-Anzeiger vom 15. Mai 2018, Seite 10
Die Geschichte einer Geldrevolution – Ihre organisatorischen und finanziellen Wurzeln hat die Vollgeldinitiative in der Schweiz. Das gilt aber nicht für die ursprüngliche Idee. Das Konzept eines Vollgeldes hat bereits eine längere Geschichte.
- Tages-Anzeiger vom 16. Mai 2018, Seite 5
Neue Volksinitiativen: Der Ankläger – Der schillernde Unternehmer Adrian Gasser wirft den Bundesrichtern mangelnde Unabhängigkeit und «Küngelei» vor. Seine Justizinitiative soll das ändern. Selber hat er vielfältige Erfahrungen mit Gerichten. / Die Kesb soll entmachtet werden.
- Neue Zürcher Zeitung vom 19. Mai 2018, Seite 12
Die Vollgeldinitiative ist eine Vision von gestern – Die Anhänger von Vollgeld wollen den Finanzsektor umkrempeln und stabiler machen. Konten für den Zahlungsverkehr dürften nicht mehr zur Finanzierung von Krediten herhalten, und die Nationalbank wäre aufgefordert, Milliarden Franken zu verschenken. Das würde die Ursachen von Finanzkrisen nicht beseitigen und wäre kein vernünftiges Experiment.
- Tages-Anzeiger vom 23. Mai 2018, Seite 5
Das letzte Mittel der Aufseher – Bei einem Nein zum Geldspielgesetz könnten trotzdem Netzsperrern eingeführt werden.
- Neue Zürcher Zeitung vom 24. Mai 2018, Seite 13
Der lange Weg zu neuen Kampfjets – Bundesrat Parmelins Beschaffungsprojekt Air 2030 muss noch einige Hürden nehmen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 25. Mai 2018, Seite 16
Ausländische Mächte werden referendumsfähig



- Neue Zürcher Zeitung vom 26. Mai 2018, Seite 13
So hebt man die Volksrechte aus – Verknüpfung von Firmensteuern und AHV.
- Neue Zürcher Zeitung vom 30. Mai 2018, Seite 14
Die Zersiedelungsinitiative hat einen schweren Stand – Nach dem Ständerat wird wohl auch der Nationalrat das Begehren ablehnen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 30. Mai 2018, Seite 18
Landeskirchliche Volksinitiative lanciert
- Tages-Anzeiger vom 31. Mai 2018, Seite 4
Der Startschuss ist bereits gefallen – Die Angst vor einem Ja zur SVP-Selbstbestimmungsinitiative hat die Gegner von links bis Mitte-rechts aufgerüttelt: Die Kampagne ist schon Monate vor der eigentlichen Abstimmung angelaufen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 31. Mai 2018, Seite 13
Emotionale Debatte über SVP-Initiative – Im Nationalrat stösst das Volksbegehren «Schweizer Recht statt fremde Richter» ausserhalb der Volkspartei auf Ablehnung.
- Neue Zürcher Zeitung vom 31. Mai 2018, Seite 22
Zumutbar für die Stimmbürger – Monsterabstimmung findet statt.

Gerichtsurteile

- Cour de Justice du République et Canton de Genève, Chambre constitutionnelle, Arrêtes du 5 avril 2018, [A/1003/2018-ELEVOT, ACST/5/2018](#) et [A/1058/2018-ELEVOT, ACST/7/2018](#)
Droits politiques – En l'espèce, le recours porte sur le matériel de vote, en particulier la brochure explicative transmise aux électeurs enregistrés dans le canton de Genève et résidant soit dans le canton soit à l'étranger, qui fait partie de la procédure des opérations électorales, en lien avec l'élection du Conseil d'État du 15 avril 2018. Rejeté.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 19. April 2018, [1C_596/2017](#)
Politische Rechte – Beschluss der Gemeindeversammlung Bergdietikon vom 20. Juni 2016 (Traktandum 12 betr. Wiedererwägung der Zustimmung zum Verkauf der Parzelle Nr. 362). Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Aargau, 2. Kammer, vom 15. September 2017 (WBE.2017.152). Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 25. April 2018, [VB.2017.00642](#)
Politische Rechte – Urnenabstimmung vom 21. Mai 2017. Die Beschwerdeführenden wenden sich im Zusammenhang mit der geplanten Fusion der Gemeinde Schöneberg und Hütten mit der Gemeinde Wädenswil im Rahmen (noch) einer Gemeindebeschwerde gegen den Zusammenschlussvertrag, welcher bei der Urnenabstimmung vom 21. Mai 2017 angenommen wurde. Teilweise Gutheissung (Verfahrenskosten).



- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 18. April 2018, [1C_221/2017, 1C_223/2017](#)¹
Politische Rechte – Ungültigerklärung der kantonalen Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle». Beschwerde gegen den Beschluss des Grossen Rats des Kantons Bern vom 21. März 2017. Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 7. Mai 2018, [1C_610/2017](#)
Droits politiques (Propagande lors d'une votation communale) – Votation communale relative à la fusion entre les communes de Corcelles-Cormondrèche, Neuchâtel, Peseux et Valagin. Recours contre l'arrêt du Tribunal cantonal de la République et canton de Neuchâtel, Cour de droit public, du 13 octobre 2017 ([CDP.2016.268](#)). Le recours est admis et l'arrêt attaqué est annulé; la votation communale du 5 juin 2016 est annulée.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 25. Mai 2018, [VB.2018.00284](#)
Stimmrechtsrekurs – Urnengänge vom 10. Juni 2018. Leitsatz: Dass beim gleichen Urnengang neben je zwei eidgenössischen und kantonalen Vorlagen über zehn kommunale Vorlagen abgestimmt und zusätzlich die Mitglieder der Kreisschulpflege gewählt werden, verstösst nicht gegen den Anspruch auf freie Willensbildung. Abweisung.

Amtliche Informationen

- Medienmitteilung des Bundesrates vom 9. Mai 2018
Bundesrat beschliesst indirekten Gegenvorschlag zur «Fair-Preis-Initiative»
Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» zur Ablehnung. Dies hat er am 9. Mai 2018 beschlossen. Er erachtet das Kernanliegen der Initianten als berechtigt, die vorgeschlagenen Massnahmen aber nicht als zielführend und insgesamt als schädlich für den hiesigen Werkplatz. Deshalb will er dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag unterbreiten. ([Link](#))

Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- Eidgenössische Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»
(Sammelbeginn: 15. Mai 2018, [Link](#))
- Eidgenössische Volksinitiative «Eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen (Kindes- und Erwachsenenschutz-Initiative)»
(Sammelbeginn: 15. Mai 2018, [Link](#))

¹ Zur Publikation vorgesehen.



Lancierte fakultative Referenden im Sammelstadium

- Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)
(Ablauf der Referendumsfrist: 5. Juli 2018, [Link](#))

Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Tages-Anzeiger vom 3. Mai 2018, Seite 8
Britanniens Konservative haben dunkelrote Alpträume – In Dutzend britischen Städten und Gemeinden finden Kommunalwahlen statt. Besonders in London könnte die Wut vieler Bürger auf die Brexit-Politik der Tories der Labour Party einen Erdrutschsieg bescheren.
- Tages-Anzeiger vom 3. Mai 2018, Seite 12
Wie es ihm gefällt – Simon Slama ist einer der wenigen Juden, die noch in Tunesien leben. Jetzt tritt er bei den ersten freien Lokalwahlen an – für eine islamistische Partei.
- Tages-Anzeiger vom 22. Mai 2018, Seite 4
Regierung mit Feigenblatt – Die Lega und die Cinque Stelle wollen sich zusammentun. Doch auf einen Premier konnten sie sich nicht verständigen. Nun soll es ein Kandidat von aussen richten.
- Tages-Anzeiger vom 23. Mai 2018, Seite 12
Die irische Revolution – Die Iren entscheiden über die Aufhebung des Abtreibungsverbots. Ein Ja zur Reform wäre eine Epochenwende. Der Ausgang ist aber ungewiss.
- Neue Zürcher Zeitung vom 24. Mai 2018, Seite 7
Irlands Frauen wollen ein Relikt abschaffen – Die irischen Stimmbürger entscheiden am Freitag über die Abschaffung des fast absoluten Abtreibungsverbots.
- NZZ am Sonntag vom 27. Mai 2018, Seite 3
Der Staatspräsident soll es wieder einmal richten – Sergio Mattarella ist nicht zu beneiden. Er muss dafür sorgen, dass Italien eine funktionsfähige Regierung bekommt, die Populisten aber der EU nicht den Krieg erklären.
- Tages-Anzeiger vom 28. Mai 2018, Seite 13
Angst, Scham – und ein Sieg – Das klare Ja der Iren für ein Recht auf Abtreibung ist eine Überraschung – und eine gesellschaftliche Revolution.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Mai 2018, Seite 3
Irland bringt May in Bedrängnis – Nach dem klaren Votum für das Recht auf Abtreibung wird auch eine Reform für Nordirland gefordert.



- Tages-Anzeiger vom 29. Mai 2018, Seite 7
Schach dem König – Der Führer der Lega hat alle ausgespielt: Erst die Verbündeten auf der Rechten, dann seinen möglichen Koalitionspartner, zum Schluss sogar den Präsidenten der Republik.
- Neue Zürcher Zeitung vom 29. Mai 2018, Seite 5
Wenn Spaniens Richter Politik machen – Pablo Llarena verfolgt die katalanische Rädelsführer – ihm werden inquisitorische Methoden vorgeworfen.
- Tages-Anzeiger vom 30. Mai 2018, Seite 7
Trennlinien wie im Kalten Krieg – In Italien wird es wohl bald wieder Wahlen geben, vielleicht sogar schon Ende Juli. Sie dürften zu einem Referendum werden für oder wider die Europäische Union, für oder wider die Einheitswährung Euro.

Ausländische Gerichtsurteile

- Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteile vom 26. April 2018, [OVG 12 B 6.17 und OVG 12 B 7.17](#) / [Pressemitteilung](#)
Verwaltungsstreitsache (Informationszugang/Parteiengesetz) – Der 12. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg hat in zwei Berufungsverfahren entschieden, dass der für jedermann bestehende Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes nicht durch Veröffentlichungspflichten nach dem Parteiengesetz verdrängt wird. Er hat damit die erstinstanzlichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Berlin bestätigt. Der Senat hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Die Berufung der Beklagten (Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Deutschen Bundestag) wird zurückgewiesen.
- Staatsgerichtshof des Landes Hessen, Urteil im einstweiligen Anordnungsverfahren vom 9. Mai 2018, [2670 e.A.](#) / [Pressemitteilungen](#)
Einstweiliges Anordnungsverfahren – Einstweilige Anordnung hinsichtlich der Einteilung des Landtagswahlkreises 34 (Frankfurt am Main I). Auszug aus den Leitsätzen 2 und 3: Der in Art. 73 Abs. 2 Satz 1 Hessische Verfassung verankerte Grundsatz des gleichen Stimmrechts gilt auch für die Mehrheitswahl in den Wahlkreisen. Er verlangt, dass die Wahlkreise möglichst gleich viele Wahlberechtigte haben. Weicht ein Wahlkreis um mehr als 25 % von der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten aller Wahlkreise ab, verstößt diese Abweichung jedenfalls dann gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Stimmgleichheit, wenn der Gesetzgeber einen maximalen Toleranzwert von 25 % festgelegt hat. Auszug aus dem Tenor: Die Anwendung der Anlage zu § 7 Abs. 2 Landtagswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 2006 (GVBl. I S. 110, 439), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 478), wird für die Wahl zum 20. Hessischen Landtag, längstens für die Dauer von sechs Monaten, bzgl. des Wahlkreises 34 – Frankfurt am Main I – ausgesetzt. [...]



Neuerscheinungen

- BERINGER JULIAN-IVAN, Sein und Schein von Gesetzgebung im Referendumsrecht Russlands, in: Damiano Canapa/Robin Landolt/Nicola Müller (Hrsg.), Sein und Schein von Gesetzgebung, Erwartungen – Auswirkungen – Kritik, Zürich/St. Gallen 2018, S. 463–488
- BÖCKLI PETER/BÜHLER CHRISTOPH B., Zur «Konzernverantwortungsinitiative», Rechtliche Überlegungen zu den vier Forderungen der Eidgenössischen Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen zum Schutz von Mensch und Umwelt», Zürich 2018
- FELD LARS P./HUBER PETER M./JUNG OTMAR/LAUTH HANS-JOACHIM, WITTRECK FABIAN (Hrsg.) Jahrbuch für direkte Demokratie, Baden-Baden 2018
- FUHRER, CORINA, Die Umsetzungssicherung kantonaler Volksinitiativen in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, in: Damiano Canapa/Robin Landolt/Nicola Müller (Hrsg.), Sein und Schein von Gesetzgebung, Erwartungen – Auswirkungen – Kritik, Zürich/St. Gallen 2018, S. 33–48
- GRODECKI STÉPHANE, le contrôle de la validité des initiatives populaires et le droit d’être entendu : la chambre constitutionnelle de la Cour de justice du canton de Genève impose-t-elle une révolution ?, Commentaire de l’arrêt de chambre constitutionnelle de la Cour de justice du canton de Genève du 30 août 2017 (ACST/14/2017), in : RDAF 2018 I, S. 32–39
- NUSSBAUMER MARKUS, «Gendern» in Gesetzen, in: LeGes 29 (2018) 1
- SCHAUB HANS-PETER/LEUZINGER LUKAS, Die Stimmbeteiligung an der Glarner Landsgemeinde, in: LeGes 29 (2018) 1
- SCHINDLER BENJAMIN/STÄHLI ARMIN, Bezirksstrukturen in den Kantonen – Annäherungsversuch an ein staats- und verwaltungsrechtliches Mauerblümchen, in: ZBI 119/2018, S. 219–241
- STREBEL FELIX, Elektronische Stimmauszählung im Spannungsfeld zwischen kantonaler Souveränität und Aufsicht des Bundes, in: LeGes 29 (2018) 1
- TSCHENTSCHER AXEL/MINDER MIRIAM, Direkte Demokratie in der Schweiz – Landesbericht 2014, in: Lars P. Feld/Peter M. Huber/Otmar Jung/Hans-Joachim Lauth/Fabian Wittreck (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2014–2016, Baden-Baden 2018, S. 175 ff.
- UHLMANN FELIX, Politische Vorstösse für bessere Gesetze, Eine Auslegeordnung und eine vorsichtige Bewertung, in: Damiano Canapa/Robin Landolt/Nicola Müller (Hrsg.), Sein und Schein von Gesetzgebung, Erwartungen – Auswirkungen – Kritik, Zürich/St. Gallen 2018, S. 3–30
- VILLIGER KASPAR, Demokratie – jetzt erst recht!, Politik im Zeitalter von Populismus und Polarisierung, Zürich 2018



Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
 - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
 - [Tribunal cantonal du République et Canton de Neuchâtel](#)
 - [Cour de Justice du République et Canton de Genève](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Deutschland):
 - [Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg](#)
 - [Staatsgerichtshof des Landes Hessen](#)

Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: luka.markic@rwi.uzh.ch

www.rwi.uzh.ch/kley